

Bericht aus Berlin



CDU
Armin Schuster

Bundesverkehrswegeplan beschlossen **Riesenschritt für Verkehrsprojekte in der Region**

Der Bundestag hat mit den drei Ausbaugesetzen Straße, Schiene und Wasserstraße den Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2030) beschlossen. Über 750 Mio. € wird der Bund in den nächsten 15 Jahren im Landkreis Lörrach und am Hochrhein investieren. Für die B34-Umfahrung von Grenzach-Wyhlen sind rd. 35 Mio. € vorgesehen, für die A98 bis Schwörstadt rd. 220 Mio. €, für den Weiterbau bis Tiengen 490 Mio. €. Diese Projekte sind fest disponiert bzw. im Vordringlichen Bedarf eingestuft. Geplant werden kann auch der vierspurige Ausbau der B 317 zwischen Lörrach „Hasenloch“ und Schopfheim West. Dass entgegen dem Motto „Erhalt vor Neubau“ am Hochrhein der Schwerpunkt auf dem Neu- bzw. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur liegt, zeige den Nachholbedarf der Region, so Schuster.



Im Gespräch mit Angela Merkel vor der Fraktionssitzung am Dienstag, 13.12.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein ereignisreiches Jahr geht zur Neige, und die harte Arbeit zahlt sich aus. Symptomatisch dafür war der Bundesparteitag der CDU vergangene Woche. „Ihr müsst, ihr müsst mir helfen“, bat Angela Merkel im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf und signalisierte damit einen Strategiewechsel. Mit ihrem Befund liegt sie richtig: Angela Merkel kann nicht alleiniges Wahlkampfangewicht für die CDU sein. Und die Partei hat den Ball aufgenommen und mehr Kontur gezeigt. Nicht nur wirtschaftspolitisch, besonders die baden-württembergische CDU hat sich für Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik wie härtere Regeln für Abschiebungen eingesetzt, auch meine Initiative für die schärfere Forderung von Transitzone wurde vom Parteitag beschlossen. Diese Forderung, von der SPD 2015 verantwortungslos blockiert, gehört ebenso in das Wahlprogramm für 2017 wie die Rückkehr zum Optionsmodell bei der doppelten Staatsbürgerschaft. Bis die Arbeit daran weitergeht, wünsche ich Ihnen einstweilen schöne Festtage und einen gelungenen Jahreswechsel.

Mit freundlichen Grüßen
Armin Schuster

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621-4258033
Fax: 07621-4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 16.12.2016

Weihnachtsgruß von Armin Schuster und seinem Team



Ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen. Für die kommenden Feiertage wünschen wir Ihnen und Ihrer Familie eine schöne und friedliche Zeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Freiburger Fall hält Republik in Atem

Schreckliche Verbrechen, wie die beiden Freiburger Mord- und Vergewaltigungsfälle direkt in unserer Nachbarschaft, beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Menschen. Sie sind leider auch ein Beleg, dass den Ermittlungsbehörden bei den Möglichkeiten der DNA-Forensik rechtlich die Hände gebunden sind. Es ist Zeit, die DNA-Forensik so weiterzuentwickeln, dass sie ein wirkungsvolles Ermittlungsinstrument bleibt, den Anforderungen moderner und rechtsstaatlicher Ermittlungsmethoden genügt und einen noch stärkeren Beitrag zur Aufklärung schwerer Straftaten leisten kann. Hinzu kommt, dass es ein großes Versäumnis der griechischen Behörden war, den wegen Totschlags verurteilten -und jetzt im Fall Maria L. verdächtigen - Afghanen nach dessen Flucht international nicht zur Fahndung auszuschreiben. Die einzige Möglichkeit, dies zu ändern, ist die strikte Einhaltung der Regeln streng zu kontrollieren und Länder wie Griechenland bei eklatanten Verstößen mit Sanktionen zu bestrafen. Der Jugendhilfe Breisgau-Hochschwarzwald ist jedenfalls kein Vorwurf zu machen, weil sie den Tatverdächtigen gut untergebracht hatten - schließlich ist ein Jugendamt keine Polizeibehörde.

LINKE und GRÜNE fordern „Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge“

Armin Schuster hat heute im Plenum des Deutschen Bundestages zum Thema „Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge“ geredet. Die Anträge der Opposition zielten darauf ab, jedem afghanischen Asylbewerber pauschal ein Bleiberecht in Deutschland einzuräumen. Dabei wurde auch der erste Rückführungsflug von 34 betroffenen Personen von Mittwoch dieser Woche thematisiert. Die Rede ist [hier](#) abrufbar.

+++++++Kurz berichtet+++++++

Stalking-Schutz verbessert

Mit einem am Donnerstag verabschiedeten Gesetzentwurf sollen Stalking-Opfer besser geschützt und Täter leichter verurteilt werden können. Bislang mussten Opfer nachweisen, dass sie ihr Leben wegen des Stalkings verändert haben. Künftig wird ausreichen, dass die Taten dazu führen könnten. Dadurch können Polizei und Justizbehörden viel früher eingreifen.

+++++++Terminhinweise+++++++

11. Januar, 18 Uhr: „Demokratie in Gefahr? Wie wehren wir uns gegen Cyberangriffe, Hasskampagnen und rechte Gewalt?“ Veranstaltung mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen. Wo? Stadtbibliothek Lörrach

12. Januar, 19 Uhr: „Bäuerlicher Naturschutz muss sich lohnen.“ Veranstaltung mit dem Präsidenten des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, Joseph Göppel MdB. Wo? Gasthaus Rössle in Todtnau-Geschwend

7. Februar 2017: Besuch von Ingbert Liebing MdB im Wahlkreis, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands